

Beschluss des Gerichts für den öffentlichen Dienst (Erste Kammer) vom 2. Mai 2007 — Marcuccio/Kommission

(Rechtssache F-2/06) ⁽¹⁾

(Beamte — Soziale Sicherheit — Versicherung gegen Unfälle und Berufskrankheiten — Arbeitsunfall — Einstellung des Verfahrens zur Anwendung von Art. 73 des Statuts)

(2007/C 155/80)

Verfahrenssprache: Italienisch

Parteien

Kläger: Luigi Marcuccio (Tricase, Italien) (Prozessbevollmächtigter: Rechtsanwalt I. Cazzato)

Beklagte: Kommission der Europäischen Gemeinschaften (Prozessbevollmächtigte: C. Berardis-Kayser und A. Dal Ferro)

Gegenstand der Rechtssache

Aufhebung der Entscheidung der Kommission, das Verfahren in Bezug auf die Zuerkennung von Leistungen nach Art. 73 des Statuts an den Kläger im Zusammenhang mit seinem Unfall vom 10. September 2003 einzustellen

Tenor des Beschlusses

1. Die Klage wird als offensichtlich unzulässig abgewiesen.
2. Jede Partei trägt ihre eigenen Kosten.

⁽¹⁾ ABl. C 86 vom 8.4.2006, S. 48.

Beschluss des Gerichts für den öffentlichen Dienst (Dritte Kammer) vom 24. Mai 2007 — Lofaro/Kommission

(Verbundene Rechtssachen F-27/06 und F-75/06) ⁽¹⁾

(Beamte — Bediensteter auf Zeit — Verlängerung der Probezeit — Entlassung am Ende der Probezeit — Beschwerende Maßnahmen — Beschwerdefrist — Unzulässigkeit)

(2007/C 155/81)

Verfahrenssprache: Französisch

Parteien

Kläger: Alessandro Lofaro (Brüssel, Belgien) (Prozessbevollmächtigter: Rechtsanwalt J.-L. Laffineur)

Beklagte: Kommission der Europäischen Gemeinschaften (Prozessbevollmächtigte: J. Currall und K. Herrmann, in der Rechtssache F-27/06 im Beistand von Rechtsanwältin F. Longfils)

Gegenstand der verbundenen Rechtssachen

In der Rechtssache F-27/06:

Aufhebung der Entscheidungen der Kommission über die Verlängerung der Probezeit des Klägers und die Beendigung seines Vertrags am Ende der Probezeit sowie Antrag auf Schadensersatz

In der Rechtssache F-75/06:

Aufhebung der Entscheidung der Kommission vom 28. September 2005 über die Entlassung des Klägers am Ende seiner Probezeit und des Probezeitberichts, auf dem diese Entscheidung beruht, sowie Antrag auf Schadensersatz

Tenor des Beschlusses

1. Die Klagen werden als unzulässig abgewiesen.
2. Jede Partei trägt ihre eigenen Kosten.

⁽¹⁾ F-27/06: ABl. C 208 vom 6.5.2006, S. 35, und F-75/06: ABl. C 212 vom 2.9.2006, S. 48.

Klage, eingereicht am 9. Mai 2007 — Korjus/Gerichtshof

(Rechtssache F-43/07)

(2007/C 155/82)

Verfahrenssprache: Französisch

Parteien

Klägerin: Nina Korjus (Luxemburg, Luxemburg) (Prozessbevollmächtigte: Rechtsanwältin J. Ortlinghaus)

Beklagter: Gerichtshof der Europäischen Gemeinschaften

Anträge

Die Klägerin beantragt,

- die Entscheidung über ihre Ernennung aufzuheben, soweit darin ihre Einstufung in die Besoldungsgruppe nach Art. 13 Abs. 1 des Anhangs XIII des Statuts festgelegt wird;

- ihre dienstliche Laufbahn (einschließlich der Bewertung ihrer Berufserfahrung in der entsprechend berichtigten Besoldungsgruppe, ihrer Ansprüche auf Aufsteigen in den Dienstaltersstufen und ihrer Ruhegehaltsansprüche) wiederherzustellen ausgehend von der Besoldungsgruppe, in der sie auf der Grundlage der Bekanntgabe des Auswahlverfahrens, das zu ihrer Aufnahme in die Eignungsliste geführt hat, hätten ernannt werden müssen, also entweder in der in der Bekanntgabe des Auswahlverfahrens genannten Besoldungsgruppe oder in der ihr nach der Einstufung des neuen Statuts entsprechenden Besoldungsgruppe von der Entscheidung über ihre Ernennung an;
- ihr bis zu dem Tag, an dem die Entscheidung über ihre ordnungsgemäße Einstufung in die Besoldungsgruppe ergeht, Verzugszinsen für den gesamten Differenzbetrag zwischen den Bezügen, die ihrer in der Ernennungsentscheidung genannten Einstufung entsprechen, und der Einstufung, auf die sie Anspruch gehabt hätte, auf der Basis des von der Europäischen Zentralbank festgesetzten Zinssatzes zuzusprechen;
- dem Beklagten die Kosten aufzuerlegen.

Klagegründe und wesentliche Argumente

Die Klägerin, erfolgreiche Teilnehmerin des Auswahlverfahrens CJ/LA/32 ⁽¹⁾, dessen Bekanntgabe vor dem 1. Mai 2004 veröffentlicht wurde, ist nach Inkrafttreten der Verordnung (EG, Euratom) Nr. 723/2004 des Rates vom 22. März 2004 zur Änderung des Statuts der Beamten der Europäischen Gemeinschaften und der Beschäftigungsbedingungen für die sonstigen Bediensteten ⁽²⁾ eingestellt worden. In Anwendung der Vorschriften des Anhangs XIII des durch diese Verordnung geänderten Statuts der Beamten der Europäischen Gemeinschaften (im Folgenden: Statut) wurde sie in die Besoldungsgruppe AD 7 anstatt, wie in der Bekanntgabe des Auswahlverfahrens vorgesehen, in die Besoldungsgruppe LA 7 oder LA 6 eingestuft.

Mit ihrer Klage macht die Klägerin insbesondere einen Verstoß gegen Art. 5 Abs. 5 des Statuts, die Grundsätze der Gleichbehandlung, der Verhältnismäßigkeit, der ordnungsgemäßen Verwaltung und des Vertrauensschutzes sowie gegen Art. 31 Abs. 1 des Statuts geltend, weil sie in einer niedrigeren als der in der Bekanntgabe des Auswahlverfahrens angegebenen Besoldungsgruppe eingestellt worden sei und erfolgreiche Teilnehmer desselben Auswahlverfahrens unterschiedlich hoch eingestuft worden seien, je nachdem, ob sie vor oder nach dem Inkrafttreten der Verordnung Nr. 723/2004 eingestellt worden seien.

Darüber hinaus macht die Klägerin einen Verstoß gegen Art. 10 des Statuts geltend, da der in dieser Vorschrift genannte Beirat zur Frage der Einstufung der erfolgreichen Teilnehmer der Auswahlverfahren, in deren Bekanntgabe auf die alte Laufbahnstruktur Bezug genommen werde, nicht angehört worden sei.

⁽¹⁾ ABL C 221 A vom 3.8.1999, S. 7.

⁽²⁾ ABL L 124 vom 27.4.2004, S. 1.

Klage, eingereicht am 14. Mai 2007 — Barbin/Parlament

(Rechtssache F-44/07)

(2007/C 155/83)

Verfahrenssprache: Französisch

Parteien

Klägerin: Florence Barbin (Luxemburg, Luxemburg) (Prozessbevollmächtigte: Rechtsanwälte S. Orlandi, J.-N. Louis, A. Coolen und E. Marchal)

Beklagter: Europäisches Parlament

Anträge

Die Klägerin beantragt,

- die Rechtswidrigkeit von Punkt I.2 Buchst. c der „Mesures d'application relatives à l'attribution des points de mérites et à la promotion“ (Durchführungsvorschriften für die Vergabe von Verdienstpunkten und die Beförderung) des Europäischen Parlaments vom 10. Mai 2006 festzustellen;
- die Entscheidung der Anstellungsbehörde vom 16. Oktober 2006 aufzuheben, mit der an die Klägerin für das Beförderungsjahr 2005 ein Verdienstpunkt vergeben wurde;
- dem Beklagten die Kosten aufzuerlegen.

Klagegründe und wesentliche Argumente

Die Klägerin, eine Beamtin des Europäischen Parlaments in der Besoldungsgruppe AD 11, macht Klagegründe geltend, die den im Rahmen der Rechtssache F-148/06 ⁽¹⁾ vorgebrachten Klagegründen sehr ähnlich sind.

⁽¹⁾ ABL C 42 vom 24.2.2007, S. 48.

Beschluss des Gerichts für den öffentlichen Dienst vom 25. Mai 2007 — Antas/Rat

(Rechtssache F-92/06) ⁽¹⁾

(2007/C 155/84)

Verfahrenssprache: Französisch

Der Präsident der Ersten Kammer hat die Streichung der Rechtssache angeordnet.

⁽¹⁾ ABL C 237 vom 30.9.2006, S. 21.